

Bundeshaushalt 2015

Beschlossen: Die „schwarze Null“

Der Erfolg ist historisch – es ist ein Meilenstein für die Zukunft. Erstmals seit mehr als 45 Jahren macht der Bund keine neuen Schulden. „Der ausgeglichene Haushalt ist kein Selbstzweck“, sagte CSU-Landesgruppenvorsitzende Gerda Hasselfeldt am Mittwoch im Deutschen Bundestag. Es sei eine Frage der Gerechtigkeit, denn die schwarze Null eröffne Chancen für künftige Generationen.



Foto: CSU-Landesgruppe

Die Arbeitslosenquote ist niedrig, die Zahl der Beschäftigungsverhältnisse so hoch wie nie. „Deutschland geht es gut“, sagte Hasselfeldt in ihrer Rede in der Generaldebatte zum Bundeshaushalt 2015. Dass Deutschland nächstes Jahr keine neuen Schulden aufnehmen werde – und dies ohne Steuererhöhungen – sei nur eine Seite der Medaille. Die andere: „Wir investieren auch zielgerichtet in die Zukunft unseres Landes“, betonte die CSU-Landesgruppenvorsitzende. Dies sei ein wichtiges Signal nach Europa.

Noch nie wurde so viel Geld für Bildung und Forschung ausgegeben wie im kommenden Jahr.

Mit Blick auf die Übernahme der Grundsicherung und die Förderung des Kita-Ausbaus ergänzte Hasselfeldt: „Es hat noch keine Bundesregierung gegeben, die so viel für die Kommunen geleistet und sie so stark unterstützt hat wie diese.“ Diesen Kurs wolle man fortsetzen.

Es bleibe aber eine Herausforderung der kommenden Jahre die „schwarze Null“ zu halten, mahnte Hasselfeldt. „Das darf

kein Einmaleffekt sein.“ Die deutsche Wirtschaft müsse wettbewerbsfähig bleiben, zusätzliche Belastungen für Unternehmen müssten vermieden werden.

Die weltweiten Konflikte und Krisen hätten ohne Zweifel Auswirkungen auf die wirtschaftliche Lage in Deutschland, sagte Hasselfeldt. Doch: „In so einer Zeit ist es besonders wichtig verlässliche Politik zu machen.“ Ein solider Haushalt setze das richtige Zeichen. Europa sei jedoch nicht nur als Wirtschafts- und Währungsunion, sondern auch

als Friedens- und Freiheitsordnung gefordert. „In der Ukraine geht es auch um das Primat des Rechts

als Gegenentwurf zum sogenannten Recht des Stärkeren“, sagte Hasselfeldt und verurteilte ebenso wie Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel das freiheitsfeindliche Denken in Einflusssphären. Merkel erneuerte in ihrer Rede im Deutschen Bundestag ihre Kritik an Russland. „Die Annexion der Krim ist durch nichts zu entschuldigen“, so die Kanzlerin. Russland breche internationales Recht und stelle die europäische Friedensordnung infrage.



Liebe Leserinnen und Leser,

die „schwarze Null“ steht! Am Freitag hat der Bundestag den Haushalt für 2015 verabschiedet: Zum ersten Mal seit 1969 unter Finanzminister Franz Josef Strauß werden wir im Bund ohne neue Schulden auskommen – und das ohne Steuererhöhungen. Das ist einzigartig unter den führenden Wirtschaftsnationen!

Wir haben eine historische Trendwende geschafft: Wir geben nur das aus, was wir einnehmen. Der Kreislauf von steigenden Schulden auch in guten konjunkturellen Zeiten ist durchbrochen. Damit senden wir ein starkes Signal der Solidität nach Europa: Wir halten am Stabilitätskurs fest.

Gleichzeitig investieren wir kraftvoll in unsere Zukunft und die Zukunft unserer Kinder: Mit rund 15 Milliarden Euro haben wir die Mittel für Bildung und Forschung seit 2005 mehr als verdoppelt, auch die Bereiche innere Sicherheit, humanitäre Hilfe, Verkehr und Kultur haben wir deutlich gestärkt. Darüber hinaus haben wir ein 10 Milliarden Euro Investitionspaket ab 2016 auf den Weg gebracht, das wir vor allem für die Modernisierung der Infrastruktur, den Breitbandausbau und die energetische Gebäudesanierung nutzen wollen. Und das ebenfalls ohne neue Schulden, denn ein ausgeglichener Haushalt und nachhaltige Investitionen sind für uns kein Gegensatz – wie für die Opposition, die nur im Geldausgeben groß ist. Allein die Forderungen der Linken hätten für zusätzliche Ausgaben von 54 Milliarden Euro gesorgt!

Der ausgeglichene Haushalt und Zukunftsinvestitionen gehen bei der Union Hand in Hand. Das ist verantwortungsvolle, zuverlässige und nachhaltige Finanzpolitik, die Vertrauen schafft und für Generationengerechtigkeit sorgt. Wir wollen unseren Kindern Chancen statt Schulden hinterlassen. Dafür stehen wir, und diesen Markenkern der Union haben wir auch in der Großen Koalition durchgesetzt.



Dr. Reinhard Brandl MdB

Ohne Neuverschuldung und mit Zukunftsinvestitionen

Unterm Strich

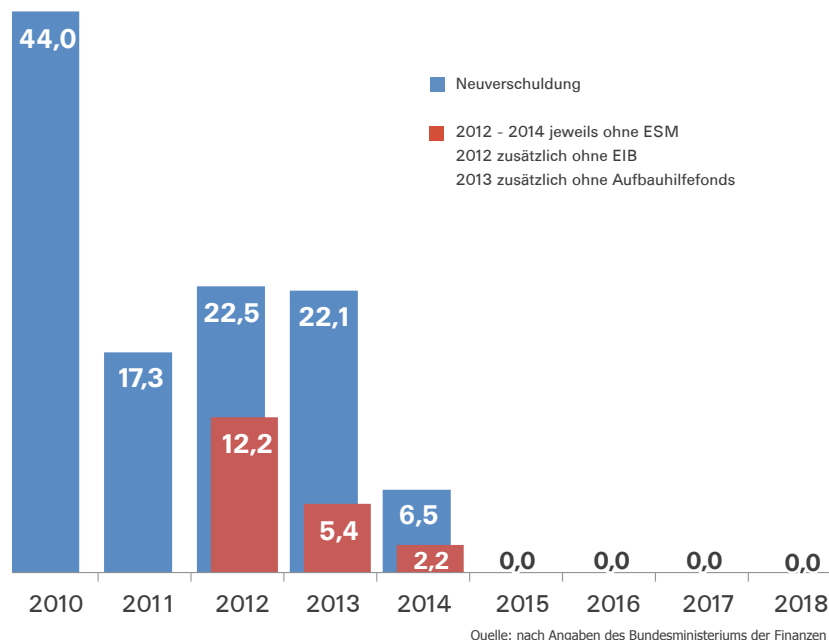
Erstmals seit mehr als 45 Jahren nimmt der Bund keine neuen Schulden auf – und investiert trotzdem in Deutschlands Zukunft. Am Freitag wurde der Haushalt 2015 im Bundestag verabschiedet.

Die Ausgangslage war schwierig: Finanzkrise, geringeres Wirtschaftswachstum, enorme Staatsschulden im Euro-Raum. Noch im Jahr 2010 hat Deutschland 44 Milliarden Euro an Schulden aufgenommen.

Nur fünf Jahre später gelingt der ausgeglichene Haushalt – und das ohne höhere Steuern und ohne dass Investitionen auf der Strecke bleiben. Insgesamt sollen im nächsten Jahr 299,1 Milliarden Euro ausgegeben werden. Mit 15,3 Milliarden Euro sind die Ausgaben für Bildung und Forschung so hoch wie noch nie. Das sichert Wachstum und Wohlstand. Auch der Bereich innere Sicherheit wird deutlich gestärkt.

Keine neuen Schulden ab 2015

Entwicklung der Neuverschuldung des Bundes in Mrd. Euro



Diese Woche

Bundshaushalt 2015 Beschlossen: Die „schwarze Null“	1
Ohne Neuverschuldung und mit Zukunftsinvestitionen Unterm Strich	2
Bundestags-ABC Was ist eigentlich ... das Budgetrecht?	2
Ernährung und Landwirtschaft Ländlicher Raum und Hochwasserschutz gestärkt	3
Verkehr und digitale Infrastruktur Haushaltswende: Größter Investitionshaushalt des Bundes	3
Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung „Entwicklung ist der neue Begriff für Frieden“	4
Besuch aus Ungarn Partnerschaft weiterhin pflegen	4
Zu Besuch in Frankreich Strukturreformen nötig	4

IMPRESSUM:

Der Meinungsbeitrag auf S. 1 gibt die persönliche Auffassung des betreffenden Abgeordneten wieder.
Foto Editorial: Henning Schacht

Redaktion: Inge Niebergall
Verantwortliche Redakteurin: Linda Dietze
11011 Berlin · Platz der Republik 1

Telefon: (030) 227 - 70212
e-mail: bab@cducsu.de
internet: www.csu-landesgruppe.de

Diese Veröffentlichung der CSU-Landesgruppe dient ausschließlich der Information und darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden.

Bundestags-ABC

Was ist eigentlich ... das Budgetrecht?

Das sogenannte Budgetrecht gilt als das Königsrecht des Parlamentes. Der Deutsche Bundestag legt einmal jährlich im Haushaltsgesetz die Einnahmen und Ausgaben des Staates fest und entscheidet so, wer wie viel Geld zur Verfügung hat.



Foto: picture alliance/chromorange

Der Bundestag hat das letzte Wort: Denn das Budgetrecht ist allein dem Parlament vorbehalten – wie alle wesentlichen Entscheidungen, die für das Gemeinwesen substantiell sind. Es ist daher Aufgabe des Deutschen Bundestages, den Haushalt über die Einnahmen und Ausgaben des Staates zu beschließen.

Das Budgetrecht des Parlamentes ist ein wesentliches Instrument des Deutschen Bundestages zur

Kontrolle der Regierung. Denn das Parlament legt so fest, welcher Etat welchem Ministerium zur Verfügung steht, welche Ausgaben des Staates Priorität haben und wo gespart wird – festgehalten in den jeweiligen Einzelplänen. Diese werden in den Haushaltsdebatten im Deutschen Bundestag intensiv diskutiert und nach dritter Lesung verabschiedet. Immer wieder zählen die Haushaltsberatungen zu den Höhepunkten des parlamentarischen Geschehens.

Ernährung und Landwirtschaft

Ländlicher Raum und Hochwasserschutz gestärkt

Prädikat ertragreich: In den parlamentarischen Beratungen zum Haushaltsgesetz 2015 wurde der Etat des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft nochmals erhöht – auf nun insgesamt 5,35 Milliarden Euro. Wichtig für Bayern sind die neuen Mittel für präventiven Hochwasserschutz und ländliche Entwicklung.

Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt (CSU) sieht sein Ministerium mit 5,35 Milliarden Euro an Gesamtausgaben im nächsten Jahr „gut aufgestellt“. Das sagte der Bundesminister während der Haushaltsdebatte am Donnerstag im Deutschen Bundestag.

20 Millionen Euro werden im Etat des Landwirtschaftsministeriums für präventive Maßnahmen zum Hochwasserschutz neu eingeplant, zehn Millionen Euro gehen in das Bundesprogramm für ländliche Entwicklung. „Das ist ein Anfang“, so Landwirtschaftsminister Schmidt. Gerade in den ländlichen Räumen sollen Investitionen getätigt werden. In seinem Haus werde dazu eine Ideenwerkstatt entstehen. „Wir wollen die Arbeitsplätze und die Versorgung im Alltag sichern“, so Schmidt. Zudem

müsse man auch über die Frage der ärztlichen Versorgung auf dem Land reden. Die ländliche Entwicklung werde aufgrund der demografischen Entwicklung einen noch höheren Stellenwert bekommen.

Zur Förderung des ländlichen Raums wird das Ministerium für die Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes im nächsten Jahr 620 Millionen Euro (2014: 600 Millionen Euro) zur Verfügung haben.

Der Bund investiert im kommenden Jahr zudem fast 3,7 Milliarden Euro in die Alterssicherung, Kranken- und Unfallversicherung der Landwirte in Deutschland. Damit kommen rund 70 Prozent des Gesamtbudgets direkt den Bauern zu Gute. Die bäuerliche Landwirtschaft wird so entscheidend gestärkt.



Foto: Thomas Lothar

Bundesminister Christian Schmidt (CSU)

5,35 Milliarden Euro

für Ernährung und Landwirtschaft



+ 40,2 Millionen Euro
im Vergleich zu 2014

Verkehr und digitale Infrastruktur

Haushaltswende: Größter Investitionshaushalt des Bundes

Investieren bedeutet lateinisch „einkleiden“. Das ist passend. Denn Investitionen sind das Gewand der Zukunft. Sie sorgen für wirtschaftliches Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit. Damit dafür weiter die Weichen in Deutschland gestellt werden, gibt der Bund im kommenden Jahr für Verkehr und digitale Infrastruktur insgesamt 23,28 Milliarden Euro aus.

„Wir schaffen die Haushaltswende und die Investitionswende“, sagte Minister Alexander Dobrindt in der Debatte zum Haushalt des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur. Denn den Schwerpunkt setze man im Haushalt 2015 in Investitionen. Damit sichere man den Wohlstand Deutschlands.

In den Gesamtausgaben des Bundesministeriums ist ein Investitionsvolumen von 13 Milliarden Euro enthalten. Das ist so hoch wie in keinem anderen Etat des Bundes. „Ich habe in meinem Haus einen Investitionshochlauf gestartet, der die Investitionswende in der Infrastruktur eingeleitet hat – mit einem Fünf-Milliarden-Euro-Paket, das wir über die Legislaturperiode hinaus fortschreiben“, sagte Dobrindt im Plenum des Bundestages.

Vor allem in den Breitbandausbau soll investiert werden. Bis 2018 soll flächendeckend schnelles Internet mit 50 Mbit/s zur Verfügung stehen. Minister Dobrindt betonte: „Wir werden Big Data als Chance begreifen.“ Nur so würden die digitale Wertschöpfung und die Veredelung des Rohstoffs „Daten“ gelingen. Dies sichere Deutschlands Chance auf ein digitales Wirtschaftswunder.

In seiner Rede sprach Dobrindt auch die Infrastrukturabgabe an, die ab 2016 für PKW gelten soll. Sie schaffe mehr Gerechtigkeit in der Finanzierung unserer Straßen und mobilisiere zwei Milliarden Euro in einer Legislaturperiode, die direkt in die Infrastruktur fließen, betonte der Minister. Die Infrastrukturabgabe sei fair, sinnvoll und gerecht.



Foto: Henning Schacht

Bundesminister Alexander Dobrindt (CSU)

23,28 Milliarden Euro

für Verkehr und digitale Infrastruktur



+ 419,5 Millionen Euro
im Vergleich zu 2014

Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

„Entwicklung ist der neue Begriff für Frieden“

In Syrien und im Irak tobt der „Heilige Krieg“ des sogenannten Islamischen Staates, der Gaza-Konflikt kommt nicht zur Ruhe und Afrika kämpft gegen die Ebola-Epidemie. Die Krisen dieser Welt nehmen zu. Umso wichtiger ist die humanitäre Hilfe und Krisenprävention vor Ort. Der Etat des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung wurde deshalb aufgestockt.

Insgesamt 6,51 Milliarden Euro stehen Minister Dr. Gerd Müller (CSU) im kommenden Jahr zur Verfügung – mehr Geld soll vor allem zur Strukturförderung in Entwicklungsländern ausgegeben werden. Auch die Hilfen zur Gesundheitsvorsorge steigen.

Allein im Jahr 2013 sei die Zahl der Flüchtlinge laut UNHCR aufgrund der vielen Krisen und Kriege auf 51,2 Millionen Menschen gestiegen. Bis 2050 könnten nochmals 18,4 Millionen Flüchtlinge hinzukommen. Dies stelle die Politik vor große Herausforderungen. „Die Menschen brauchen jetzt Lösungen. Sie brauchen Perspektiven und pragmatische Lösungen“, so Dagmar Wöhr, Vorsitzende des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung bei

der dritten Lesung im Bundestag. Sie selbst habe in Flüchtlingscamps die Not und das Leid gesehen und erlebt. Wenn sie den Flüchtlingen zum Abschied in die Augen geschaut habe, spürte sie, dass dort vor allem eine Angst herrsche – die Angst, vergessen zu werden. Notwenige Sofortmaßnahmen linderten die ärgste Not, sie seien aber auch eine Brücke in ein menschenwürdiges Leben, so Wöhr.

„Entwicklung ist der neue Begriff für Frieden“, erklärte Wöhr und unterstrich so, die Wichtigkeit einer nachhaltigen Entwicklungspolitik. Sie ergänzte: „Wenn wir mehr Verantwortung in der Welt übernehmen wollen, und das wollen wir, dann müssen wir die zivile Krisenprävention noch mehr zum Primat unserer Politik machen.“



Foto: Henning Schacht

Bundesminister Dr. Gerd Müller (CSU)

6,51 Milliarden Euro
für wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung



+ 65,5 Millionen Euro
im Vergleich zu 2014

Besuch aus Ungarn



Foto: CSU-Landesgruppe

Partnerschaft weiterhin pflegen

Mehr Rechts- und Investitionssicherheit in Ungarn forderte die CSU-Landesgruppenvorsitzende Gerda Hasselfeldt gegenüber einer ungarischen Delegation. Die CSU-Landesgruppenvorsitzende und der Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Volker Kauder, trafen vergangene Woche ungarische Parlamentarier unter Leitung des FIDESZ-Fraktionschefs Antal Rogán und des Vize-Parlamentspräsidenten Dr. Gergely Gulyás.

Hasselfeldt unterstrich in dem Gespräch, dass die CSU auch weiterhin die traditionell enge Partnerschaft mit Ungarn pflegen möchte, wies aber darauf hin, dass es derzeit eine Reihe von Problemen gebe, die man unter Freunden offen diskutieren könne. Zwar würdigte man die bislang sehr europäisch-solidarische Haltung Ungarns in der Frage der Russlandsanktionen, andererseits geben aber die Abhängigkeit des Landes von Russland in Energiefragen sowie verschiedene Äußerungen des ungarischen Ministerpräsidenten Orbán Anlass zu Sorge.

Zu Besuch in Frankreich



Foto: CSU-Landesgruppe

Strukturreformen nötig

„Die Stabilitätskriterien sind kein Selbstzweck und es ist dringend nötig, dass Frankreich seine Anstrengungen verstärkt. Deutschland und die Europäische Union stehen dabei als Partner eng an der Seite Frankreichs“ – das unterstrich CSU-Landesgruppenvorsitzende Gerda Hasselfeldt bei politischen Gesprächen in Paris. Hasselfeldt sowie die CSU-Abgeordneten Dr. Silke Launert und Dr. Reinhard Brandl trafen bei ihrem Besuch unter anderem Christian Jacob, Fraktionsvorsitzender der konservativen UMP. Hasselfeldt bekräftigte dabei, dass Frankreich konsequent den Weg von Strukturreformen weitergehen müsse. Auch der UMP-Fraktionsvorsitzende Jacob betonte, dass Frankreich seine öffentlichen Finanzen wieder in geordnete Bahnen lenken müsse und forderte von der sozialistischen Regierung staatliche Reformen – wie zum Beispiel die Anhebung des Rentenalters. Hasselfeldt begrüßte die Forderungen als Schritt zur Haushaltskonsolidierung: „Ein solider Haushalt ist die Grundlage für eine gesunde Entwicklung.“